

# Deutsche Parteien und Europa

Oskar Niedermayer

Die europapolitischen Positionen der politischen Parteien gehören zu den wesentlichen innenpolitischen Faktoren, die die deutsche Europapolitik beeinflussen. Es besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass das Verhältnis der relevanten deutschen Parteien zu Europa in der alten Bundesrepublik von einem proeuropäischen Grundkonsens geprägt war. Seit dem Beginn der 1990er Jahre lassen sich aus einer Reihe von Gründen jedoch ein Ausdifferenzierungsprozess in der proeuropäischen Grundhaltung sowie das Hinzukommen euroskeptischer Positionen im deutschen Parteiensystem beobachten. Insbesondere mit Blick auf die letzten, durch die Eurokrise und dann die Flüchtlingsproblematik geprägten Jahre stellt sich die Frage, ob die europäische Integration zu einer neuen, zentralen Konfliktlinie im Parteienwettbewerb geworden ist. Der Beitrag analysiert diese Entwicklungen aus theoretischer und empirischer Sicht.

## Der europapolitische Grundkonsens in der alten Bundesrepublik

Seit den 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften bestand zwischen den relevanten deutschen Parteien der alten Bundesrepublik ein europapolitischer Grundkonsens.<sup>1</sup> Vor dem Hintergrund der besonderen Lage der Bundesrepublik bildete das „Streben nach europäischer Integration ein konstitutives Element deutscher Staatsräson“ und wurde für die Regierungen „zur außenpolitischen Handlungsmaxime“, auch weil sich „im Wege der europäischen Integration zentrale deutsche Interessen verwirklichen“ ließen.<sup>2</sup> Zu diesen Interessen gehörten insbesondere die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Kontext des Ost-West-Konflikts, der ökonomische Wiederaufbau, die Erlangung der politischen und rechtlichen Gleichberechtigung sowie der internationalen Handlungsfähigkeit, die Festigung der innerstaatlichen demokratischen Ordnung und die Wiederherstellung der deutschen Einheit.<sup>3</sup> Konrad Adenauer formulierte das erklärte Ziel der europäischen Einigung aus seiner Sicht schon 1946 als umfassende, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Union in Form der „Vereinigten Staaten von Europa.“<sup>4</sup>

- 
- 1 In den vorgelagerten Diskussionen führte allerdings die Frage der Vereinbarkeit von Wiedervereinigungsbestrebungen und Westbindung, vor allem in Form der Einbeziehung in die westeuropäischen Vertragswerke, durchaus zu zwischenparteilichen Kontroversen, die letztlich mit der Formel von der Europäisierung der deutschen Frage beigelegt wurden.
  - 2 Uwe Schmalz: Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel, in: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2001, S. 15-68, hier S. 47, S. 48, S. 51 und S. 64.
  - 3 Vgl. Rudolf Hrbek: Deutschland und Europa. Entwicklungen und Perspektiven, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Bewusstsein, Bonn 1989, S. 97.
  - 4 Konrad Adenauer: Europa – die beste und dauerhafteste Sicherung der Nachbarn Deutschlands. Rede in der Aula der Universität zu Köln am 24. März 1946, in: Günter Rinsche (Hrsg.): Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 101-102, hier S. 102.

Allerdings galt der europapolitische Grundkonsens, der Deutschland als „model boy of the European Union“<sup>5</sup> erscheinen ließ, völlig uneingeschränkt nur bis Mitte der 1980er Jahre. Die Christlich-Soziale Union (CSU), die die generelle Idee einer europäischen Integration von Anfang an unterstützte, kämpfte als bayerisch-föderalistische Regionalpartei seit der Diskussion um die Einheitliche Europäische Akte 1985 aktiv für die Umsetzung ihrer Kernprinzipien Föderalismus und Subsidiarität in der spezifischen Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses, indem sie zum Beispiel den Widerstand der Bundesländer gegen die Akte anführte und koordinierte.<sup>6</sup> Bündnis 90/Die Grünen, deren Vorläuferorganisation in ihrem Europawahlprogramm von 1979 noch eine integrationsfreundliche Position bezogen hatte, nahmen zu den Europawahlen 1984 und 1989 eine kritischere Haltung ein, wobei 1989 die Kritik am Konzept des Binnenmarkts im Mittelpunkt stand.<sup>7</sup> Erst mit der späteren „Transformation der Grünen in eine pro-europäische Integrationskraft“<sup>8</sup>, die vor allem der allmählichen Durchsetzung des realpolitischen Flügels geschuldet war, reihten sie sich in den Konsens ein. Allerdings blieb die Polarisierung des gesamten Parteiensystems in der Europafrage, also das Ausmaß der mit der Parteienrelevanz gewichteten Unterschiede in den europapolitischen Positionen, auch in den 1980er Jahren aufgrund der noch marginalen Rolle der Grünen immer noch sehr gering.<sup>9</sup> Auch diejenige Partei, die aufgrund ihrer nationalistischen und ethnozentristischen Ideologie den proeuropäischen Grundkonsens von Anfang an nicht mittrug, die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), war auf der bundespolitischen Ebene – mit Ausnahme der Bundestagswahl 1969, wo sie mit 4,3 Prozent in die Nähe der parlamentarischen Repräsentationshürde gelangte – für den parteipolitischen Wettbewerb nicht relevant.<sup>10</sup>

Der proeuropäische Grundkonsens der alten Bundesrepublik umfasste nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die gesellschaftlichen Eliten. Zudem konnten auch die deutschen Bürgerinnen und Bürger von ihren Europaorientierungen her „bis Mitte der Achtzigerjahre durchaus als EG-Musterknaben gelten“<sup>11</sup>, sodass in Deutschland über Jahr-

---

5 Charles Lees: ‚Dark Matter‘: Institutional Constraints and the Failure of Party-based Euroscepticism in Germany, in: *Political Studies* 2/2002, S. 244-267, hier S. 244.

6 Vgl. Martina Schöfbeck: Eine Bastion konservativer Grundideen? Die programmatischen Entwicklungslinien der CSU-Europapolitik, in: Gerhard Hopp/Martin Sebaldt/Benjamin Zeitler (Hrsg.): *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei*, Wiesbaden 2010, S. 219-237, hier S. 212 ff.

7 Vgl. Gunter Jasmut: *Die politischen Parteien und die europäische Integration*, Frankfurt am Main 1995, S. 77.

8 Simon Bulmer/Charlie Jeffery/William E. Paterson: Deutschlands europäische Diplomatie: die Entwicklung des regionalen Milieus, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik*, Bonn 1998, S. 11-102, hier S. 31.

9 Vgl. Oskar Niedermayer: Europäisierung des deutschen Parteiensystems?, in: Frank Bretschneider/Jan van Deth/ Edeltraud Roller (Hrsg.): *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Opladen 2003, S. 253-277, hier S. 268 f.

10 Allerdings konnte sie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in mehreren Bundesländern die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und war daher für jeweils eine Legislaturperiode in deren Landesparlamenten vertreten.

11 Oskar Niedermayer: Maastricht und die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Europa, in: Gert-Joachim Glaefner/Klaus Suhl (Hrsg.): *Auf dem Weg nach Europa*, Opladen 1994, S. 57-73, hier S. 66.

zehnte hinweg ein stabiler „integrationsfreundlicher Gleichklang“<sup>12</sup> herrschte, der als „model for European support“<sup>13</sup> galt.

### Ausdifferenzierung und Euroskeptizismus seit dem Beginn der 1990er Jahre

Mit dem Beginn der 1990er Jahre änderten sich – nicht nur in Deutschland – bezüglich des Europathemas alle drei Gruppen von Bedingungsfaktoren, die die nationalen Parteienwettbewerbe prägen: ihre Rahmenbedingungen, die Nachfrageseite in Gestalt der politischen Orientierungen der Wahlberechtigten und die durch die jeweilige Gesamtheit der Parteien gebildete Angebotsseite.

Infolge der hierdurch bewirkten Veränderungen der europapolitischen Positionen existierender Parteien in einer Reihe von Staaten hin zu verstärkt skeptischen beziehungsweise kritischen Standpunkten oder auch das Auftauchen neuer Parteien, die diese Thematik propagierten, entwickelten sich in der Parteienforschung ab Ende der 1990er Jahre zwei Diskussionsstränge, die diese Entwicklungen theoretisch zu konzeptualisieren versuchten: die Diskussion um das Konzept des ‚Eurosepticism‘ und die Debatte um die Frage, ob die europäische Integration zu einer neuen, zentralen Konfliktlinie in den nationalen Parteienwettbewerben geführt habe.

Euroskeptizismus wurde zunächst breit definiert als „contingent or qualified opposition, as well as (...) outright and unqualified opposition to the process of European integration“.<sup>14</sup> Später wurde zwischen ‚hartem‘ und ‚weichem‘ Euroskeptizismus unterschieden, wobei die befürwortende beziehungsweise ablehnende Haltung zur Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union das Unterscheidungskriterium zwischen den beiden Typen darstellte.<sup>15</sup> An dieser Konzeptualisierung wurde kritisiert, dass zum einen die Definition des weichen Euroskeptizismus zu breit sei und zum anderen die Befürwortung oder Ablehnung der EU-Mitgliedschaft nicht nur in der grundsätzlichen Haltung zur europäischen Integration begründet sein, sondern auch aus strategischen oder taktischen Gründen im Rahmen des Parteienwettbewerbs erfolgen könnte. Daher sei sie als Trennungskriterium zwischen hartem und weichem Euroskeptizismus ungeeignet.<sup>16</sup> Diese Kritik aufnehmend, wurde harter Euroskeptizismus im Folgenden definiert als „principled opposition to the project of European integration as embodied in the EU“. In seiner weichen Form liegt er vor, „when there is not a principled objection to the European integration project of transferring powers to a supranational body such as the EU, but there is opposition to the EU’s current or future planned trajectory based on the further extension of competences that the EU is planning to make“.<sup>17</sup> In der deutschen Rezeption wurde

12 Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union und die Bürgerinnen und Bürger: Stimmungsschwankungen oder handfeste Vertrauenskrise?, in: Monika Oberle (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute, Wiesbaden 2015, S. 13-25, hier S. 19.

13 Michèle Knodt/Nicola Staeck: Shifting paradigms: Reflecting Germany’s European policy, in: European Integration online Papers 3/1999, S. 1-28, hier S. 4.

14 Paul Taggart: A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems, in: European Journal of Political Research 3/1998, S. 363-388, hier S. 366.

15 Vgl. Paul Taggart/Aleks Szczerbiak: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, Sussex European Institute, SEI Working Paper Nr. 51, Brighton 2002.

16 Vgl. Petr Kopecký/Cas Mudde: The two sides of Euroscepticism. Party Positions on European integration in East Central Europe, in: European Union Politics 3/2002, S. 297-326, hier S. 299 f.

17 Aleks Szczerbiak/Paul Taggart: Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality, Sussex European Institute, SEI Working Paper Nr. 69, Brighton 2003, S. 12.

diese Differenzierung zum Beispiel in Gestalt der Unterscheidung zwischen einer fundamentalen und einer konstruktiven Systemkritik übernommen.<sup>18</sup>

Auf dieser Kritik basiert auch ein zweidimensionales Alternativkonzept, das die generelle Befürwortung/Ablehnung der Idee einer europäischen Integration durch Souveränitätsübertragung auf eine supranationale Institution mit der Haltung zu ihrer spezifischen Ausgestaltung in Form der Europäischen Union kombiniert und so zu vier Typen von Parteipositionen zu Europa – euroenthusiasts, europragmatists, eurosceptics und eurorejects – gelangt.<sup>19</sup> Dieses Konzept zog jedoch auch Kritik auf sich: Zum einen erscheint der Typus der ‚europragmatists‘, die die Idee der europäischen Integration ablehnen, aber ihre spezifische Ausgestaltung im Rahmen der Europäischen Union befürworten, unlogisch. Zum anderen ist der Typ der beide Dimensionen befürwortenden ‚euroenthusiasts‘ zu inklusiv, das heißt, er differenziert nicht zwischen Parteien mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Weiterentwicklung der Europäischen Union.<sup>20</sup> Daher wurde vorgeschlagen, die revidierte hard/soft-Differenzierung des Euroskeptizismus beizubehalten und durch eine Ideologie- vs. Strategiedimension in Bezug auf die ihm zugrundeliegende Motivationsgrundlage zu ergänzen.<sup>21</sup> Außerdem wurden differenziertere, unterschiedliche Intensitäten von Ablehnung/Befürwortung einschließende Konzeptualisierungen entwickelt wie zum Beispiel die Unterscheidung der Positionierungen gegenüber der Europäischen Union von ‚rejectionist‘ über ‚revisionist‘, ‚minimalist‘, ‚gradualist‘ und ‚reformist‘ bis zu ‚maximalist‘.<sup>22</sup>

Differenzierte Konzeptualisierungen, aber auch schon die ursprüngliche Dichotomie, haben mit Operationalisierungsproblemen zu kämpfen, die zu unterschiedlichen Einordnungen der untersuchten Parteien führen. Zur Reduktion dieser Probleme wird für die hier interessierende negative Seite der Europaorientierungen daher vorgeschlagen, zur ursprünglichen Einteilung in harten und weichen Euroskeptizismus mit der Ablehnung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes als Unterscheidungsmerkmal zu bleiben, es aber durch die Ideologie-/Strategiedimension zu ergänzen. Das heißt: harte Euroskeptizisten sind nach dieser Definition grundlegend integrationsfeindliche Parteien, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union aus ideologischen, nicht aus rein strategischen Gründen ablehnen.

Zur Beantwortung der Frage, ob und in welchem Ausmaß Euroskeptizismus im deutschen Parteiensystem vorliegt, soll im Folgenden – auf der Basis einer allgemeinen Klassifikation von Orientierungen gegenüber der Europäischen Union und deren Adaption auf Parteipositionen<sup>23</sup> – die Positionierung der Parteien zu den folgenden fünf Komponenten des Orientierungsobjekts Europäische Union analysiert werden: (1) zur Finalität, das heißt

---

18 Vgl. Bernhard Weßels: Spielarten des Euroskeptizismus, in: Frank Decker/Marcus Höreth (Hrsg.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden 2009, S. 50-68, hier S. 66.

19 Vgl. Kopecký/Mudde: Two Sides of Euroscepticism, 2002, S. 300 ff.

20 Vgl. Szczerbiak/Taggart: Theorising Party-Based Euroscepticism, 2003, S. 8 f.

21 Vgl. Jan Rovny: Conceptualising Party-based Euroscepticism: Magnitude and Motivations, in: Collegium 29/2004, S. 31-47, hier S. 37.

22 Vgl. Chris Flood: Euroscepticism: A Problematic Concept, Queen's University Belfast: UACES 32nd Annual Conference, Belfast 2002, S. 5.

23 Vgl. Oskar Niedermayer: Die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Europa, in: Mathias Jopp/Andreas Maurer/Heinrich Schneider (Hrsg.): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel, Bonn 1998, S. 419-448, hier S. 420 ff.; Andreas Maurer: Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der Europäischen Union, in: Jopp/Maurer/Schneider (Hrsg.): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel, 1998, S. 301-363, hier S. 318.

zur (verfassungspolitischen) Zielbestimmung; (2) zur institutionellen Struktur, das heißt zu ihren Institutionen und deren Kompetenzverteilung; (3) zur funktionalen Reichweite, das heißt zur Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene und zu den einzelnen Politikfeldern der Europäischen Union; (4) zur territorialen Reichweite, das heißt zur bestehenden Mitgliederstruktur und zu Erweiterungen; (5) zur Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union.

Zunächst muss jedoch auf den Wandel der Bedingungsfaktoren des Parteienwettbewerbs näher eingegangen werden. Die wichtigste Veränderung der Rahmenbedingungen vollzog sich durch „die institutionelle, prozedurale und funktionale Dynamisierung und Ausdifferenzierung des politischen Systems der EU“ im Zuge der Aushandlung und Ratifizierung des Maastrichter Vertrags 1991 bis 1993, die „schrittweise die faktische Handlungsautonomie der Parteien (...) in Frage“ gestellt und „den Raum für mögliche Konflikte über die Zielrichtung und materielle Tiefe des Integrationsprozesses vergrößert hat“.<sup>24</sup> Zudem hatte Deutschland die zentralen Ziele der Wiederherstellung der nationalen Einheit und vollen Souveränität erreicht und war zum stärksten Machtfaktor in Europa geworden, sodass es zur Durchsetzung seiner Interessen nicht mehr länger auf die europäische Einbindung angewiesen war. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Sowjetunion war zudem die äußere Bedrohung weggefallen, sodass insgesamt zentrale Faktoren des deutschen Interesses an der Fortentwicklung der europäischen Integration nicht mehr bestanden.<sup>25</sup>

Auf der Nachfrageseite des parteipolitischen Wettbewerbs führte die vor allem auf die ökonomische Dimension von Maastricht – das heißt die Währungsunion – bezogene öffentliche Diskussion „zu einem deutlichen Rückgang der EU-Unterstützung“ durch die Bürgerinnen und Bürger. Der die Haltung zu Europa bisher kennzeichnende permissive Konsensus erodierte und machte „zunehmend einem stärker interessenbestimmten und immer kritischeren Orientierungsmuster Platz“.<sup>26</sup> Diese Prozesse blieben für die etablierten Parteien nicht ohne Wirkung und führten zu Veränderungen und Ausdifferenzierungen ihrer europapolitischen Grundhaltungen. Zudem kamen neue, euroskeptische Parteien an den Rändern des politischen Spektrums hinzu, sodass sich auch die Angebotsseite des politischen Wettbewerbs veränderte.

Mit Blick auf die programmatischen Positionen der etablierten Parteien<sup>27</sup> und ihre Finalitätsvorstellungen wird deutlich, dass die Christlich Demokratische Union (CDU) 1994 das bisherige Zielbild der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ relativierte und die CSU 1993 dezidiert feststellte, keinen europäischen Bundesstaat, sondern ein ‚Europa der Nationen‘ anzustreben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hingegen orientierte sich noch stärker am bundesstaatlichen Leitbild, während die Grünen, die in den 1990er Jahren zunehmend europafreundlich wurden und anlässlich der Europawahl 2004 sogar den Anspruch erhoben, „die Europapartei in Deutschland“ zu sein,<sup>28</sup> lehnten aber die Anlehnung an nationalstaatliche Modelle als Zielvorstellung des europäischen Integrations-

---

24 Karl-Rudolf Korte/Andreas Maurer: Innenpolitische Grundlagen der deutschen Europapolitik: Konturen der Kontinuität und des Wandels, in: Schneider/Jopp/Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik?, 2001, S. 210.

25 Vgl. Schmalz: Deutsche Europapolitik 2001, S. 66.

26 Niedermayer: Öffentliche Meinung, 1998, S. 447.

27 Zu den Ausdifferenzierungen der europapolitischen Positionen der etablierten Parteien in Bezug auf die Finalitätsvorstellungen, die institutionelle Struktur und die funktionale Reichweite der Europäischen Union vgl. die Ausführungen und Einzelnachweise in Korte/Maurer: Innenpolitische Grundlagen, 2001, S. 212 ff. und Maurer: Wandel europapolitischer Grundorientierungen, 1998, S. 319 ff.

prozesses generell ab. Die Freie Demokratische Partei (FDP) bekannte sich zur Fortsetzung der europäischen Integration und zur Schaffung einer Europäischen Verfassung.

In der Frage der institutionellen Struktur der Europäischen Union setzten sich alle Parteien, bei durchaus bestehenden Differenzen in Detailfragen, „für eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments, die Effizienzsteigerung der Entscheidungsverfahren im Rat der EU sowie zwischen Rat und Parlament und die hierauf auszurichtende Reform der Europäischen Kommission ein“.<sup>29</sup> Ergänzt wird dies bei den Grünen durch die Forderung nach europaweiten Referenden.

Differenzen zwischen den Parteien zeigten sich in der Frage der funktionalen Reichweite der Europäischen Union. Bezüglich der Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene forderten CDU und FDP eine Konkretisierung und Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Die Haltung der CSU, deren Position schon immer von der Verteidigung der bayerischen Identität und seiner Regionalinteressen geprägt wurde, war in den 1990er Jahren vom „desire to roll-back ‚Brussels‘ intervention“<sup>30</sup>, also vom Wunsch nach einer Rückführung europäischer Zuständigkeiten auf die nationale beziehungsweise regionale Ebene, bestimmt. SPD und Grüne hingegen kritisierten die zu starke Ausrichtung der europäischen Integration auf marktliberale Deregulierung und forderten im Zusammenhang mit der Debatte um die Wirtschafts- und Währungsunion die Flankierung des Binnenmarkts durch eine Europäisierung der Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik sowie die Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik. Erneut deutlich wurden die Differenzen zwischen den Unionsparteien und FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite in Bezug auf die marktliberale beziehungsweise soziale Ausrichtung der Europäischen Union bei den Debatten um den Vertrag von Lissabon 2008 im Kontext der durch die Osterweiterung bewirkten Intensivierung des binneneuropäischen Wettbewerbs.<sup>31</sup> Auch im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatten die Parteien unterschiedliche Vorstellungen: Während die CDU und FDP die Auffassung vertraten, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik einschließen müsse, wollten die Grünen jegliche europäische Vergemeinschaftungen auf zivile Aspekte beschränken.

Die Positionierung der Parteien zur territorialen Reichweite der Europäischen Union unterschied sich hinsichtlich ihrer Osterweiterung nicht wesentlich. Das heißt, alle befürworteten die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten. Anders sah es bezüglich einer Beitrittsperspektive der Türkei aus. Mit der Türkei war 1963 ein Assoziierungsabkommen abgeschlossen worden und 1999 wurde ihr der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten zuerkannt. Im Herbst 2005 wurden dann ergebnisoffene Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Im Vorfeld dieser Verhandlungen wurden während des Wahlkampfes zur Europawahl 2004 die unterschiedlichen Positionen der deutschen Parteien deutlich: SPD und Grüne sprachen sich für eine Beitrittsperspektive aus, während die Unionsparteien statt eines Beitritts eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der Europäischen

---

28 Oskar Niedermayer: Europa als Randthema. Der Wahlkampf und die Wahlkampfstrategien der Parteien, in: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hrsg.): Die Europawahl 2004, Wiesbaden 2005, S. 39-75, hier S. 66.

29 Korte/Maurer: Innenpolitische Grundlagen, 2001, S. 212-217.

30 Charlie Jeffery/Stephen Collins: The German Länder and EU Enlargement: Between Apple Pie and Issue-Linkage, in: German Politics 2/1998, S. 86-101, hier S. 91.

31 Vgl. Andreas Wimmel/Erica E. Edwards: The Return of 'Social Europe': Ideas and Positions of German Parties towards the Future of European Integration, in: German Politics 2/2011, S. 293-314, hier S. 294.

Union befürworteten, wobei allerdings unterschiedliche Akzentsetzungen und Gewichtungen deutlich wurden. Die CDU maß dem Thema eine geringe Rolle zu. Hingegen machte die CSU deutlich, dass die Türkei für sie weder geographisch noch historisch und kulturell ein Teil Europas sei und die Europawahl in ihrem Wahlauftritt zu einer „Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur EU“ machen wollte.<sup>32</sup>

Bezüglich der letzten hier zu analysierenden Komponente der europapolitischen Positionierung, der Frage nach der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union, herrschte Konsens zwischen den etablierten Parteien: keine forderte einen Austritt Deutschlands, sodass auch keine der etablierten Parteien der Gruppe der harten Euroskeptiker zuzuordnen war. Allerdings lässt sich in der Gesamtschau ihrer Positionen die CSU durchaus als „Euro-sceptical party in a rather soft version“<sup>33</sup> kennzeichnen.

Am deutlichsten werden euroskeptische Positionen seit den 1990er Jahren in Deutschland wie auch in anderen europäischen Staaten<sup>34</sup> allerdings von oppositionellen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums vertreten. Auf der linken Seite speist sich der Euroskeptizismus primär aus der Ablehnung der als neoliberal-kapitalistisch und unsozial angesehenen sozio-ökonomischen Integrationsdimension, auf der rechten Seite stehen sozio-kulturelle Bedrohungswahrnehmungen der nationalen Identität und Souveränität im Vordergrund.

Auf der linken Seite betonte die durch die deutsche Vereinigung neu hinzugekommene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) schon in ihrem Grundsatzprogramm von 1993 ihre Ablehnung der gegenwärtigen westeuropäischen Integrationspolitik, insbesondere des Vertrags von Maastricht, der „die EG in ein ökonomisches und militärisches Bollwerk zu verwandeln“<sup>35</sup> drohe. Auch in der Folgezeit blieb sie „hostile to many fundamental aspects of the integration process“.<sup>36</sup> Insbesondere stimmte sie von Anfang an bis heute im Bundestag gegen alle Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten, die die europäische Integration geprägt haben.<sup>37</sup> In den Debatten betonte sie jedoch immer, dass sie einen über Verträge geregelten europäischen Integrationsprozess nicht prinzipiell ablehne.<sup>38</sup> So verdeutlichte sie zum Beispiel anlässlich der Europawahl von 2004 ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer Verfassung für die Europäische Union, wandte sich jedoch gegen den vorliegenden Entwurf, da er militaristisch und neoliberal sei; eine Haltung, die den Wählerinnen und Wählern schwer zu vermitteln war.<sup>39</sup>

Diese Grundhaltung eines ‚Ja‘ zur Europäischen Union, aber zu einer völlig anderen als der bestehenden, prägt auch die Position der Partei DIE LINKE, die 2007 durch die Vereinigung der PDS mit der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) entstanden ist. In ihrem Grundsatzprogramm von 2011 fordert die Linkspartei

32 Niedermayer: Europa als Randthema, 2005, S. 58.

33 Florian Hartleb: Party-Based Euro-Scepticism in Germany, in: Romanian Journal of Political Science 2/2007, S. 13-30, hier S. 17.

34 Vgl. hierzu Liesbet Hooghe/Gary Marks/Carole J. Wilson: Does left/right structure party positions on European integration?, in: Comparative Political Studies 8/2002, S. 965-989.

35 PDS: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, S. 26, abrufbar unter: [http://archiv2007.sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente\\_partei/parteiprogramm1993.pdf](http://archiv2007.sozialisten.de/download/dokumente/grundsatzdokumente_partei/parteiprogramm1993.pdf) (letzter Zugriff: 13.4.2016).

36 Charles Lees: ‚Dark Matter‘, 2002, S. 245.

37 Das heißt gegen die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon sowie gegen den Europäischen Verfassungsvertrag, der 2005 vom Bundestag ratifiziert wurde, wegen der Ablehnung durch Referenden in Frankreich und den Niederlanden aber nicht in Kraft treten konnte.

38 Vgl. Wimmel/Edwards: The Return of 'Social Europe', 2011, S. 296.

39 Vgl. Niedermayer: Europa als Randthema, 2005, S. 73.

einen „Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion“ durch eine „vollständige Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“. Dies soll zu einem „grundlegenden Politikwechsel“ führen, der durch die Sozialstaatlichkeit als höchste Priorität bei der Umsetzung aller Politiken, den Verzicht auf militärische Einsätze, die Offenheit gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor, transparente Entscheidungsprozesse, die unmittelbare Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und eine solidarische Erweiterungsperspektive gekennzeichnet ist.<sup>40</sup> Für die Linkspartei bleibt die Europäische Union weiterhin eine „unverzichtbare politische Handlungsebene“<sup>41</sup>; ein Austritt Deutschlands wird nicht gefordert. Trotz ihrer grundsätzlichen Kritik an der spezifischen Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses in Form der Europäischen Union kann die Haltung der Partei daher weiter als weicher Euroskeptizismus angesehen werden.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums stellte die 1983 gegründete Partei Die Republikaner (REP), in deren Programmatik die Europapolitik bisher nur eine nachgeordnete Rolle gespielt hatte, ihr Europawahlprogramm 1989 unter das Motto „Ja zu Europa, nein zu dieser EG“, forderte „Deutschland zuerst“ und setzte sich für das gaullistische Modell eines Europas der Vaterländer ein.<sup>42</sup> In ihrem Programm von 1996 machte sie die ablehnende Haltung zur Europäischen Union erneut deutlich und bezeichneten den Maastrichter Vertrag als „Staatsstreich von oben“<sup>43</sup>. Auch in ihrem neuesten Grundsatzprogramm von 2010 bleiben sie dieser Linie treu, sagen „ja zu Europa, aber nein zu dieser EU“, fordern ein Europa der Vaterländer, eine grundlegende Reform der europäischen Gremien, die umfassende Geltung des Subsidiaritätsprinzips, die Rückübertragung der Agrarpolitik in die nationale Zuständigkeit und die Abschaffung des Euro.<sup>44</sup> Trotz ihrer heftigen Kritik an der konkreten Ausgestaltung der europäischen Integration fordert die Partei nicht explizit den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und kann daher noch dem weichen Euroskeptizismus zugerechnet werden.

Noch grundsätzlicher war die euroskeptische Haltung bei der 1987 als Partei gegründeten Deutschen Volkunion (DVU), die sich in ihrem Programm von 1993 gegen die Auflösung Deutschlands „in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer Europäischen Union“ aussprach.<sup>45</sup> Die DVU fusionierte 2011 mit der NPD, die weiterhin als harte euroskeptische Partei zu verorten ist, wie auch ihr neuestes Grundsatzprogramm von 2010 zeigt, in dem sie den „Austritt aus übernationalen Institutionen wie der Europäischen Union“<sup>46</sup> fordert.

---

40 DIE LINKE: Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitag der Partei DIE LINKE vom 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt, S. 7 und 66 ff.

41 DIE LINKE: Programm der Partei DIE LINKE, 2011, S. 7.

42 Vgl. Richard Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1989, S. 208.

43 Die Republikaner: Parteiprogramm der Republikaner 1993 mit den novellierten Kapiteln 7, 8, und 14, Berlin 1996, S. 13.

44 Vgl. Die Republikaner: Sozial. Patriotisch. Ökologisch. Bundesparteiprogramm, Berlin 2010, S. 13 f., abrufbar unter: [http://rep.de/upload/REP\\_Daten/Werbemittel/\\_Allgemein/Parteiprogramm/BUND\\_parteiprogramm\\_2011.pdf](http://rep.de/upload/REP_Daten/Werbemittel/_Allgemein/Parteiprogramm/BUND_parteiprogramm_2011.pdf) (letzter Zugriff: 13.4.2016).

45 Zitiert nach Steffen Kailitz: Die Deutsche Volkunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur Entwicklung und zum ideologischen Profil, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 109-129, hier S. 114.

46 NPD: Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm, 2010, S. 5.



Die beiden ebenfalls dem rechten Spektrum zuzuordnenden Parteineugründungen der 1990er Jahre, der Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland (BfB) und die Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei (Pro DM), hingegen übten zwar massive Kritik an der europäischen Integration, insbesondere am Maastrichter Vertrag und der Einführung des Euro, forderten jedoch nicht den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und sind daher als weiche Euroskeptizisten zu kennzeichnen.

Mit Blick auf die Rolle der Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums im Parteienwettbewerb konnten die größeren von ihnen auf der Ebene der Bundesländer durchaus einige Wahlerfolge erringen. Die Republikaner zogen 1989 in das Berliner Abgeordnetenhaus und 1992 sowie 1996 in den baden-württembergischen Landtag ein.<sup>47</sup> Der DVU gelang es, 1999 und 2004 in Brandenburg, 1987 bis 2007 mit Ausnahme von 1995 in Bremen, 1992 in Schleswig-Holstein und 1998 in Sachsen-Anhalt in die Landtage einzuziehen. Die NPD konnte seit den 1990er Jahren nur 2004 und 2009 in Sachsen sowie 2006 und 2011 in Mecklenburg-Vorpommern die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. BfB und Pro-DM konnten bei Landtagswahlen keine Erfolge verzeichnen. Auf der Bundesebene blieben alle Parteien des rechten Randes marginal. Sie konnten bei den Bundestagswahlen seit den 1990er Jahren nur 0,2 – 2,1 (Republikaner), 0,1 – 1,2 (DVU) und 0,3 – 1,6 (NPD) Prozent der Stimmen erreichen. BfB und Pro-DM erzielten 1998 0,2 beziehungsweise 0,9 Prozent. Diese marginale Rolle im nationalen Parteienwettbewerb ist auf das Zusammenspiel mehrerer Faktoren zurückzuführen: Sie sind in Deutschland durch die autoritäre NS-Diktatur generell diskreditiert, erhalten aus diesem Grund auch keine nennenswerte Medienunterstützung, konnten ihre organisatorische Zersplitterung nie überwinden, verfügen über keine charismatische Führungspersonlichkeiten, die eine breitere Wählerschicht ansprechen könnten, und kranken an der bleibenden Fähigkeit des bürgerlichen Parteienlagers zur Besetzung für sie relevanter Themen und zur teilweisen Integration ihrer potenziellen Wählerklientel.<sup>48</sup>

### **Etablierung einer neuen, zentralen Konfliktlinie im Parteienwettbewerb?**

Seit dem Beginn der 2010er Jahre unterlagen die Rahmenbedingungen und die Faktoren auf der Nachfrage- und Angebotsseite des Parteienwettbewerbs bezüglich des Europathemas einem erneuten Wandel. Die Rahmenbedingungen veränderten sich, als im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise Ende der 2000er Jahre im Euroraum die inneren Widersprüche einer vergemeinschafteten Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der beteiligten Länder immer stärker zu Tage traten und sich eine Finanzwirtschafts- und Staatsschuldenkrise entwickelte, die Anfang 2010 durch den drohenden Staatsbankrott Griechenlands öffentlich sichtbar wurde. Die folgenden Diskussionen und Entscheidungen über die Krisenbewältigungsmaßnahmen führten zu einer Politisierung der europäischen Integration, die sich unter anderem darin äußerte, dass die Fraktionen im Bundestag „so häufig wie nie zuvor in der EU-Politik aufgerufen“<sup>49</sup> waren, sich gegenüber den von den Staats- und Regierungschefs vereinbarten Maßnahmen zu positionieren. Auf der Nachfrageseite führte die Eurokrise zu einer deutlichen Verschlechterung des

---

47 Zudem erhielten sie bei der Europawahl 1989 mit 7,1 Prozent der Stimmen 6 Mandate.

48 Vgl. Oskar Niedermayer: Parteiensystem, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich, Opladen 2003, S. 261-288, hier S. 287.

49 Andreas Wimmel: Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzips?, in: *Integration* 1/2012, S. 19-34, hier S. 19.

Meinungsklimas bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich zu „einer Vertrauenskrise“<sup>50</sup> der Europäischen Union in den Augen der Bevölkerung auswuchs. Mit der Zustimmung Deutschlands zum ersten Rettungspaket für Griechenland auf dem EU-Gipfel Ende März 2010 begann zudem die Vorgeschichte der Alternative für Deutschland (AfD), die schließlich im Februar 2013 gegründet wurde<sup>51</sup>, sodass sich auch die Angebotsseite des Parteienwettbewerbs veränderte.

Die auf dem EU-Gipfel getroffene Festlegung auf den Versuch, den Euro auch unter Inkaufnahme beträchtlicher finanzieller Risiken für die Geberstaaten zu stabilisieren, war für eine Reihe von eurokritischen Personen und Organisationen das Katalysatorereignis, über Formen politischer Intervention und Organisation nachzudenken. Hierzu gehörten auch neoliberal ausgerichtete Wirtschaftswissenschaftler wie Bernd Lucke, der im Oktober 2010 ein Plenum der Ökonomen ins Leben rief. Vor der Verabschiedung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch den Bundestag Mitte 2012 intensivierten die Gegner der Eurorettungspolitik ihre Aktivitäten und gründeten das Bündnis Bürgerwille. Inhaltlich an die Positionen dieser beiden Organisationen anknüpfend gründete Lucke im September 2012 mit einigen Mitstreitern die Wahlalternative 2013. Da man als Verein nicht zu Wahlen antreten konnte, arbeitete die Wahlalternative 2013 bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 mit den Freien Wählern zusammen. Das Wahlergebnis von 1,1 Prozent erfüllte jedoch nicht die Erwartungen und es kam auch zu inhaltlichen Reibungen, sodass Lucke zusammen mit Konrad Adam und Alexander Gauland am 6. Februar 2013 eine eigene Partei gründete: die Alternative für Deutschland.

Obwohl sie erst wenige Monate vor der Bundestagswahl gegründet wurde, verpasste die AfD mit 4,7 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag. Dies war vor allem der Tatsache geschuldet, dass sie mit ihrer ablehnenden Position zur Eurorettungspolitik als Protestalternative für Wählergruppen mit unterschiedlichen Orientierungen wählbar war. Den Wahlkampf zu der ein Dreivierteljahr später folgenden Europawahl bestritt die Partei mit harscher Kritik sowohl an der Politik der Bundesregierung als auch an der Europäischen Union. Ihr Wahlergebnis von 7,1 Prozent und der Einzug in drei ostdeutsche Landtage im Herbst 2014 bescherten ihr einen deutlichen Aufschwung in den bundesweiten Umfragen; Mitte 2015 lag sie jedoch schon wieder unter der Fünfprozenthürde. Der Absturz in der Wählergunst war vor allem auf die immer heftigeren und schließlich zur Parteispaltung führenden inhaltlichen und personellen Konflikte innerhalb der Partei zurückzuführen. Inhaltlich wurde die Partei bis nach der Europawahl primär über ihre Eurorettungskritik wahrgenommen. Durch die vor allem aufgrund ihrer Positionen zur inneren Sicherheit und zur Einwanderungs-/Asylthematik erreichten Erfolge bei den nachfolgenden Landtagswahlen geriet jedoch die Frage ihrer gesellschaftspolitischen Positionierung in den Blick. Diese Frage hatte schon seit dem Sommer 2013 zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die immer mehr an Schärfe zunahmen. Dabei standen sich ein gemäßigt konservativer und ein rechtskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum äußersten rechten Rand gegenüber. Der inhaltliche Streit wurde zudem überlagert durch persönliche Animositäten, die 2015 im Bundesvorstand zu einem offenen Machtkampf eskalierten. Auf dem Parteitag im Juli 2015 dominierte der rechtskonservative Flügel, entschied die Vorstandswahlen klar für sich und servierte Lucke regelrecht ab.

---

50 Knelangen: Die Europäische Union, 2015, S. 22.

51 Zur AfD und ihrer Vorgeschichte vgl. Oskar Niedermayer: Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175-207.

Dieser trat daraufhin aus der AfD aus und gründete mit seinen die Partei ebenfalls verlassenden Mitstreitern die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), die jedoch bisher im Parteienwettbewerb keine Rolle spielt. Die AfD rückte durch die Abspaltung des Lucke-Flügels weiter nach rechts und konzentrierte ihre Außenkommunikation zunehmend auf die Einwanderungs- und Asylthematik. Die seit September 2015 dramatisch ansteigenden Flüchtlingszahlen und die Tatsache, dass die AfD als Sammelbecken von mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung nicht einverstanden Protestwählern fungiert, brachten der Partei seit Ende 2015 ein bisher nicht gekanntes Umfragehoch. In den Landtagswahlen im März 2016 erzielte die AfD in Sachsen-Anhalt sogar 24,3 Prozent, aber auch in zwei westlichen Bundesländern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, 12,6 beziehungsweise 15,1 Prozent der Stimmen.

Mit der Eurokrise hat der schon erwähnte zweite theoretische Diskussionsstrang in der Parteienforschung stark an Bedeutung gewonnen. Dieser dreht sich um die Frage, ob die unterschiedlichen Positionen der Parteien zur europäischen Integration in Gestalt der Europäischen Union zu einer neuen, zentralen Konfliktlinie in den nationalen Parteienwettbewerben geführt haben.

Über die Anzahl und Art der grundlegenden Konfliktlinien, die den nationalen Parteienwettbewerb prägen, wird in der Parteienforschung seit Jahrzehnten diskutiert.<sup>52</sup> Ausgangspunkte der Auseinandersetzungen sind zum einen das räumliche Modell des Parteienwettbewerbs im Rahmen der ökonomischen Theorie der Demokratie von Downs und zum anderen die Theorie gesellschaftlicher Konfliktlinien (cleavages) von Lipset/Rokkan.<sup>53</sup> Downs sah den Parteienwettbewerb durch eine einzige Konfliktlinie geprägt: den Links-Rechts-Konflikt, konkretisiert anhand des Wertekonflikts über die Frage der Staatsintervention in die Ökonomie. Lipset/Rokkan dagegen machten vier gesellschaftliche Konfliktlinien (cleavages) aus, durch deren Politisierung sich die Parteiensysteme Westeuropas Mitte des 19. Jahrhunderts herausbildeten: den Klassenkonflikt, den Stadt-Land-Konflikt, den Kirche-Staat-Konflikt und den Zentrum-Peripherie-Konflikt.

Auf diesem Hintergrund lässt sich die europäische Integration auf sehr unterschiedliche Weise in die Konfliktstruktur des nationalen Parteienwettbewerbs einbinden. Zunächst können in der Tradition von Downs unterschiedliche Positionen zur europäischen Integration als spezifische Ausformung des Links-Rechts-Konflikts angesehen werden: Hier stehen die Befürworter einer sozialstaatlichen Marktregulierung den Befürwortern der Marktfreiheit auf der europäischen Ebene gegenüber.<sup>54</sup> Sieht man den Parteienwettbewerb in der Tradition von Lipset/Rokkan als durch eine mehrdimensionale Konfliktstruktur bestimmt an, wie es auch der Verfasser tut, so bieten sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten an: Zum einen kann der europäische Integrationskonflikt als neue, eigenständige Konfliktlinie in der parteipolitischen Konfliktstruktur angesehen werden. Er kann als bereichsübergreifender Zentrum-Peripherie-Konflikt neuer Art konzeptualisiert werden, in dem die Befürworter einer supranationalen Integration von Nationalstaaten den Befürwor-

---

52 Vgl. hierzu Oskar Niedermayer: Die Analyse von Parteiensystemen, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 83-117, hier S. 89 ff.

53 Vgl. Anthony Downs: An Economic Theory of Democracy, New York 1957; Seymour M. Lipset/Stein Rokkan: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives, New York 1967, S. 1-64.

54 Vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks: The Making of a Polity: The Struggle over European Integration, in: Herbert Kitschelt/Peter Lange/Gary Marks/John Stephens (Hrsg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge 1999, S. 70-97.

tern nationaler Autonomie gegenüberstehen<sup>55</sup>. Als Liberalismus-Autoritarismus-Konflikt um die Frage der nationalen Identität liegt der Fokus auf dem sozio-kulturellen Bereich<sup>56</sup>. Es ist aber auch eine Konzeptualisierung als Manifestation eines generellen Globalisierungskonflikts mit sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Dimensionen möglich, in dem sich die Gewinner und die Verlierer der Globalisierung gegenüberstehen.<sup>57</sup> Zum anderen können die unterschiedlichen Policy-Positionen der Parteien zu den mit der europäischen Integration verbundenen Fragen wie zum Beispiel der Eurorettung in die bestehende parteipolitische Konfliktstruktur der einzelnen Staaten integriert werden<sup>58</sup>, indem sie als thematische Konkretisierungen schon existierender Konfliktlinien angesehen werden.

Zu betonen ist, dass nicht jeder zwischenparteiliche Konflikt als parteipolitischer cleavage anzusehen ist. Um als cleavage zu gelten, muss sich der Konflikt auf diametral entgegengesetzte Zielvorstellungen und nicht nur auf Differenzen in den Mitteln und Wegen zur Erreichung eines von allen geteilten Ziels beziehen. Er muss parteipolitisch in relevanter Weise repräsentiert sein und eine wichtige Rolle im nationalen Parteienwettbewerb spielen. Wenn – wie es hier geschehen soll – der europäische Integrationskonflikt als bereichsübergreifenden Zentrum-Peripherie-Konflikt neuer Art um die Frage nationaler Autonomie vs. supranationaler Integration konzeptualisiert wird, dann lässt sich die Entscheidung, ob die europäische Integration eine zentrale, eigenständige Konfliktlinie im nationalen Parteienwettbewerb darstellt, auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen anhand von drei Kriterien treffen:

(1) Der Konflikt muss durch Parteien repräsentiert sein, die sich nicht nur um die Art und Weise streiten, wie die europäische Integration ausgestaltet sein soll, sondern durch Parteien, die aus ideologisch-programmatischen, nicht nur aus strategischen Gründen für oder gegen die Einbindung ihres Landes in den europäischen Integrationsprozess sind. Das heißt vor allem: Es muss zumindest eine harte euroskeptische, aus ideologisch unterfütterten Gründen den Austritt des Landes aus der Europäischen Union propagierende Partei geben.

(2) Beide Seiten des Konflikts müssen durch relevante Parteien im Parteiensystem repräsentiert sein. Dies kann eng durch ihre Repräsentation im nationalen Parlament oder breiter durch ihre parteistrategische Relevanz<sup>59</sup> operationalisiert werden.

(3) Der Konflikt muss in den Wahlkämpfen zu den Wahlen auf der Bundesebene eine wichtige Rolle spielen.<sup>60</sup>

Zur Beantwortung der Frage, ob die Eurokrise in Deutschland wie in einigen anderen Staaten<sup>61</sup> zur Etablierung einer neuen, eigenständigen Konfliktlinie im Parteienwettbewerb geführt hat, muss daher zunächst das Ausmaß an euroskeptischen Positionen bestimmt

---

55 Vgl. Niedermayer: Europäisierung des deutschen Parteiensystems?, 2003, S. 259.

56 Vgl. Liesbet Hooghe/Gary Marks: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: British Journal of Political Science 1/2008, S. 1-23, hier S. 16.

57 Vgl. Hanspeter Kriesi/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschier/Timotheos Frey (Hrsg.): West European Politics in the Age of Globalisation, Cambridge 2008.

58 Vgl. zum Beispiel Nick Sitter: Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition, SEI Working Paper Nr. 56, Brighton 2002.

59 Parteistrategische Relevanz besitzt eine Partei dann, wenn ihre Existenz oder Aktivitäten zu Reaktionen anderer Parteien im Parteienwettbewerb führen.

60 Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, dann kann es natürlich aufgrund unterschiedlicher Policy-Positionen der Parteien zu mit der europäischen Integration verbundenen Themen parteipolitische Konflikte in diesem Bereich geben. Die Konflikte sind jedoch in diesem Fall in die bestehende parteipolitische Konfliktstruktur des Landes integriert, das heißt, sie stellen Konkretisierungen schon bestehender cleavages dar.

werden. Wir tun dies anhand der im letzten Abschnitt entwickelten Kriterien und – wegen der detaillierten Beschäftigung mit der europäischen Integration – auf der Basis der Europawahlprogramme 2014 der Parteien.<sup>62</sup>

(1) Finalität der europäischen Integration: Die CDU will den Weg der europäischen Einigung entschlossen fortsetzen, die SPD dagegen will Europa eine neue Richtung geben und die Grünen wollen ein anderes, besseres Europa. Für die Linkspartei ist eine Europäische Union, die ihren Vorstellungen entspricht, auf der Grundlage der bestehenden Verträge nicht entwickelbar. Sie will daher einen Neustart, der ein anderes, sozialeres, ökologischeres, demokratischeres und friedlicheres Europa neu begründet. Keine der Parteien verdeutlicht jedoch eine konkrete, verfassungspolitische Finalitätsvorstellung. Dies tut die FDP, für die Europa langfristig ein föderaler Bundesstaat werden soll, während die CSU das Leitbild eines Europas der Regionen mit soviel Europa wie nötig und soviel Bayern wie möglich präferiert und die AfD sich für eine Europäische Union souveräner Staaten ausspricht. Die NPD geht noch weiter und fordert die Wiederherstellung der nationalen Souveränität, da die Vielfalt der europäischen Völker von der Europäischen Union und der voranschreitenden Folgen der europäischen Integration bedroht sei.

(2) Institutionelle Struktur: Mit Ausnahme von AfD und NPD wollen alle Parteien die Europäische Union durch eine verstärkte Parlamentarisierung – insbesondere durch die Einführung eines Initiativrechts des Europäischen Parlaments für Gesetzgebungsverfahren – weiter demokratisieren. Darüber hinaus wird von der CDU, den Grünen und der FDP eine Verkleinerung – von der CSU sogar die Halbierung – der Europäischen Kommission gefordert; die CSU spricht sich zudem für die Beseitigung ihres Initiativmonopols aus. Die CDU bringt langfristig eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten ins Spiel und CSU, Linkspartei und FDP wollen Volksentscheide auf europäischer Ebene einführen. Die AfD tritt für eine institutionalisierte Verbesserung der Vertretungsmöglichkeiten deutscher Interessen im Institutionensystem ein; ein Ziel, das auch durch die von der CSU geforderte Änderung der Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach dem Grundsatz ‚one man, one vote‘ erreicht würde. Die NPD äußert sich zur Institutionenstruktur nicht.

(3) Funktionale Reichweite: Alle Parteien, am deutlichsten die NPD, AfD und die CSU, sprechen sich für die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips aus. Die AfD bejaht Einschränkungen der nationalen Souveränität nur, wenn sie den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen, und eine strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet ist, und fordert eine Zurückverlagerung von Gesetzgebungskompetenzen zu den nationalen Parlamenten. Die CSU spricht sich für einen Zuständigkeitsstopp für die Europäische Union aus, will einen Kompetenzgerichtshof zur Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einführen und alle Bereiche danach durchforsten, welche Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten und Regionen zurückgegeben werden können. Die NPD lehnt weitere Verlagerungen nationaler Gesetzgebungskompetenzen nach Brüssel ab und fordert die Rückverlagerung innenpolitischer Aufgaben in nationale Kompetenz.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird erneut die Forderung der SPD, der Grünen und der Linkspartei nach einer sozialen Flankierung des Binnenmarkts deutlich. Alle drei

---

61 Vgl. Oskar Niedermayer: Europäische Integration und nationaler Parteienwettbewerb: theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Eurokrise, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 3/2013, S. 413-434.

62 Aus Platzgründen wird im Folgenden darauf verzichtet, die Aussagen der allgemein zugänglichen Programme der sieben Parteien im Detail zu dokumentieren.

Parteien plädieren für die europaweite Einführung von – national differenzierten – Mindestlöhnen, die Linke auch von Mindestrenten. Zudem wollen Grüne und Linkspartei eine Vermögensabgabe für Reiche einführen. In der Währungspolitik bestehen unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit der Euro- und Schuldenkrise. CSU und FDP<sup>63</sup> wollen einen Austritt von Ländern aus der Eurozone ermöglichen und die AfD fordert die Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Die NPD spricht sich für eine Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur Deutschen Mark aus. In der Forderung nach stärkerer Kontrolle der Finanzmärkte sind sie sich zwar einig, eine Finanztransaktionssteuer wird jedoch von der FDP abgelehnt. Grüne und Linke sprechen sich gegen die bisherige Sparpolitik zur Konsolidierung der Staatsfinanzen aus. Auch die SPD will sie durch eine Wachstumspolitik mit Zukunftsinvestitionen ergänzt wissen. Die Grünen plädieren für einen Europäischen Schuldentilgungspakt und die Linke für einen Schuldenschnitt und gemeinsame Staatsanleihen, die SPD spricht das Thema nicht an und die anderen Parteien wenden sich vehement gegen jegliche Form der Schuldenvergemeinschaftung. Deutliche Differenzen bestehen zudem in der Frage des Umgangs mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sowie bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Grünen vertreten dabei mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Öffnung für Flüchtlinge und der Ablehnung von Sanktionen die liberalsten Auffassungen, während CSU und AfD sich für restriktive Regelungen beim Bezug und Missbrauch von Sozialleistungen aussprechen, um Zuwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern. Die NPD möchte beim Bezug von Sozialleistungen das Heimatlandprinzip verankern, um „Sozialtourismus“ zu unterbinden, und fordert eine europäische Abwehrlinie zum Schutz vor unkontrollierter Masseneinwanderung.

(4) Territoriale Reichweite: SPD, Grüne, Linkspartei und FDP halten an der Erweiterungsperspektive fest und wollen auch die Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft weiterführen. Die CDU spricht sich für eine grundsätzliche Offenheit der Europäischen Union aus, will aber ihrer Festigung Vorrang vor weiteren Erweiterungen einräumen. Dies verlangt auch die AfD, die zusätzlich jede Erweiterung von einer Volksabstimmung abhängig machen will. Die CSU fordert auf absehbare Zeit einen generellen Beitrittsstopp neuer Länder, die NPD spricht das Thema nicht an.

(5) Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union: Kaum eine der Parteien fordert den Austritt Deutschlands. Die NPD hingegen lehnt auch in ihrem Europawahlprogramm die Europäische Union weiterhin ab und fordert den Austritt Deutschlands, wenn sie sich nicht in einen kooperativen Staatenbund umwandeln lässt.

Als Ergebnis der Analyse lässt sich festhalten: Die in den Europawahlprogrammen zum Ausdruck kommenden gegenwärtigen Positionen der Parteien stehen durchaus in Kontinuität zu ihrer im letzten Abschnitt beschriebenen europapolitischen Positionierung. Die Verstärkung der euroskeptischen Positionen der CSU anlässlich der Europawahl hatte wohl auch strategische Gründe: Mit „einem inhaltlichen ‚Ja, mit großem Aber‘ zur Europäischen Union wollte man die eigenen Wähler mobilisieren und der europakritischen Konkurrenz in Gestalt vor allem AfD (...) in Bayern das Wasser abgraben.“<sup>64</sup> Insgesamt bleibt es somit bei der Zuordnung von CSU und Linkspartei zur weichen Form des Euro-

---

63 In der FDP hatte es Ende 2011 heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen um die Eurorettungsmaßnahmen gegeben, die in einen – wegen Nichterfüllung des notwendigen Quorums gescheiterten – Mitgliederentscheid über die Haltung der Partei zum Europäischen Stabilitätsmechanismus mündeten. Vgl. Oskar Niedermayer: Von der dritten Kraft zur marginalen Partei: Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013, in: Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl, 2015, S. 117.

skeptizismus und auch die AfD gehört zu dieser Gruppe, während die NPD immer noch eine Vertreterin der harten Form darstellt.

Die Relevanz dieser vier Parteien im Parteienwettbewerb ist sehr unterschiedlich. Während über die Bedeutung der CSU als Regierungspartei und der Linkspartei als größte Oppositionspartei im Bundestag keine Zweifel bestehen, fällt die Beurteilung der AfD je nach Relevanzkriterium unterschiedlich aus. Mit Blick auf die Repräsentation im nationalen Parlament als Maßstab gehört sie nicht zu den relevanten Parteien. Allerdings steht dem das erfolgreiche Abschneiden bei der Europawahl entgegen. Wenn die Frage nach der parteistategischen Relevanz gestellt wird, so besteht kein Zweifel, dass die Existenz und die Aktivitäten der AfD zu Reaktionen der anderen Parteien im Parteienwettbewerb geführt haben. Wesentlich verstärkt wurde die Relevanz der AfD im Parteienwettbewerb noch durch ihre deutlich steigenden Umfragewerte im Zuge der Flüchtlingskrise seit Herbst 2015, was sich dann auch in den enormen Wahlerfolgen dieser Partei in den drei Landtagswahlen im März 2016 niederschlug. Anders sieht es die Relevanzbeurteilung der NPD aus. Die Partei war seit den 1970er Jahren mit Bundestagswahlergebnissen von 0,2 bis 1,6 Prozent auf der Bundesebene eine marginale Partei. Auch bei der Bundestagswahl von 2013 konnte sie nur 1,3 Prozent erzielen und wurde im Wahlkampf von den anderen Parteien ignoriert. An ihrer geringen Relevanz für den nationalen Parteienwettbewerb hat auch die Tatsache nichts geändert, dass sie bei der Europawahl von 2014 aufgrund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde mit einem Ergebnis von 1,0 Prozent der Stimmen ein Mandat erringen konnte. Völlig ohne Bedeutung für den nationalen Parteienwettbewerb sind seit längerer Zeit die Republikaner, die in den Bundestagswahlen seit 2002 nur noch Ergebnisse zwischen 0,2 und 0,6 Prozent erzielen konnten und daher hier auch nicht berücksichtigt wurden.

In den Wahlkämpfen zu den Bundestagswahlen vor der Eurokrise spielte die Europapolitik keine große Rolle. Auch für die Bundestagswahl 2009 galt weiterhin der Befund, dass die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Union „nicht zu gravierenden Veränderungen der einzelnen Charakteristika des Parteiensystems geführt“<sup>65</sup> hat, und für die Wählerinnen und Wähler galt: „Die EU ist schlicht kein Thema, das die Wahlentscheidung beeinflusst“.<sup>66</sup> Selbst die Europawahlen wurden einschließlich der Wahl von 2009 „durch die nationale Politikarena dominiert“<sup>67</sup>. Hieran änderte auch die Eurokrise nichts Wesentliches: Im Vorfeld des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2013 verdrängten der NSA-Abhörskandal, der ägyptische Putsch und der syrische Bürgerkrieg die Eurokrise aus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Zudem war den Parteien außer der AfD aus unterschiedlichen Gründen an einer Thematisierung der Europroblematik nicht gelegen. Sie spielte nur Mitte August kurzfristig eine Rolle, als sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu einem möglichen neuen Rettungspaket für Griechenland äußerte und die Oppositionsparteien daraufhin mit dem Vorwurf an die Regierung, sie verschleierte gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die wahren Kosten der Eurorettung, das Thema aufgriffen. Selbst im Wahlkampf zur Europawahl wurden genuin europapolitische Themen mit

---

64 Oskar Niedermayer: Immer noch eine "nationale Nebenwahl"? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2014, S. 523-546, hier S. 534.

65 Niedermayer: Europäisierung des deutschen Parteiensystems?, 2003, S. 273.

66 Roland Sturm: Europa – kein Wahlkampfthema?, in: Der Bürger im Staat 52/2002, S. 74-78, hier S. 78.

67 Oskar Niedermayer: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009 in Deutschland: SPD-Debakel im Vorfeld der Bundestagswahl, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2009, S. 711-731, hier S. 720.

Ausnahme der Diskussion um die Reaktion auf eine mögliche Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme aufgrund der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht angesprochen. Allenfalls die Ukraine-Krise hatte noch einen indirekten Bezug zur europäischen Politik.

Somit sind zwei der drei Kriterien für das Vorliegen einer zentralen, eigenständigen Konfliktlinie im nationalen Parteienwettbewerb nicht erfüllt. Zwar existiert mit der NPD eine Partei, die der Kategorie des harten Euroskeptizismus zuzurechnen ist, diese Partei ist jedoch im nationalen Parteienwettbewerb irrelevant. Zudem spielte die Europapolitik in den Wahlkämpfen zur Bundestagswahl 2013 und zur Europawahl 2014 keine wesentliche Rolle.

### **Fazit**

Die Analyse hat gezeigt, dass der die alte Bundesrepublik kennzeichnende europapolitische Grundkonsens zwischen den politischen Parteien seit den 1990er Jahren erodiert ist und einer euroskeptischen Haltung in Teilen des Parteiensystems Platz gemacht hat. Dabei sind die CSU, die Linkspartei und in neuester Zeit die AfD zu den Parteien zu zählen, die die Kriterien des weichen Euroskeptizismus erfüllen, während die NPD mit ihrer harten euroskeptischen Position keine Bedeutung im nationalen Parteienwettbewerb hat.

Diese Entwicklung hat nicht dazu geführt, dass die europäische Integration zu einer zentralen, eigenständigen Konfliktlinie im nationalen Parteienwettbewerb wurde. Inwieweit sich freilich die jüngsten Wahlerfolge der AfD im Zuge der Flüchtlingskrise bei den Landtagswahlen im März 2016 auf Länderebene fortsetzen und ob die AfD bei den nächsten Bundestagswahlen 2017 zu einer eigenständigen Kraft wird und ihren derzeitigen Umfragewert halten kann, was zu einer deutlichen auf Europa bezogenen Verschiebung im Parteienspektrum führen würde, bleibt abzuwarten.